



Detailansicht des Registereintrags

Handicap International e.V.

Stand vom 23.06.2025 10:40:51 bis 09.12.2025 10:23:38

Eingetragener Verein (e. V.)

Registernummer:	R001918
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	23.06.2025
Letzte Jahresaktualisierung:	23.06.2025
Tätigkeitskategorie:	Privatrechtliche Organisation mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit nach Abgabenordnung
Kontaktdaten:	Adresse: Lindwurmstr. 101 80337 München Deutschland Telefonnummer: +49895476060 E-Mail-Adressen: info@deutschland.hi.org Webseiten: www.handicap-international.de
Hauptstadtrepräsentanz:	Berliner Straße 44 10713 Berlin Telefonnummer: +493028043920 E-Mail-Adresse: info@deutschland.hi.org
Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):	
Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24	
Öffentliche Zuwendungen, Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen, Mitgliedsbeiträge, Sonstiges	

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

180.001 bis 190.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,33

Vertretungsberechtigte Person(en):**1. Dr. Inez Kipfer-Didavi**

Funktion: Geschäftsführerin (einzelvertretungsberechtigt)

2. Dietmar Haberzettl

Funktion: Vorstandsvorsitzender

3. Nicole Hofmann

Funktion: stellver. Vorstandsvorsitzende

Tätigkeit:

Referentin

im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) oder dessen Geschäftsbereich

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (9):**1. Dr. Eva Fischer****2. Veronika Wies****3. Dr. Susanne Schwalgin****4. Sophia Eckert****5. Mahmoud Hassino****6. Rezan Shekh Muslim****7. Selma Henriette Sperling****8. Emily Niklas****9. Dr. Inez Kipfer-Didavi****Gesamtzahl der Mitglieder:**

69 Mitglieder am 23.06.2025, ausschließlich natürliche Personen

Mitgliedschaften (8):

1. Aktion Deutschland Hilft e.V.

2. Centre for Humanitarian Action e.V. (CHA)

3. Deutscher Spendenrat e.V.

4. Humanity & Inclusion

5. Nord Süd Forum München e.V.

6. Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V.
7. VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
8. Gemeinsam für Afrika

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (9):

Außenpolitik; Menschenrechte; Entwicklungspolitik; Rechte von Menschen mit Behinderung; Integration; Migration; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration"; Humanitäre Hilfe und Krisenprävention; Abrüstungspolitik

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Durch Gesprächsanfragen und persönliche Gespräche wird der direkte Kontakt zu Politikerinnen und Politikern, insbesondere Mitgliedern des Deutschen Bundestages, gesucht. Ergänzend dazu werden aktuelle Publikationen versandt, um für unsere Positionen zu werben. Auch die Organisation verschiedener Veranstaltungsformate, wie parlamentarische Frühstücke, dient diesem Zweck sowie der anschaulichen Vorstellung der Arbeit der Organisation.

Im Mittelpunkt der Interessenvertretung steht das Ziel, die deutsche humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit inklusiver zu gestalten. Gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass Deutschland nicht nur seinen Verpflichtungen im Bereich der Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge nachkommt, sondern diese auch aktiv stärkt.

Mit dem Projekt Crossroads | Flucht. Migration. Behinderung. setzt sich HI für eine Verbesserung der Lebenssituation geflüchteter Menschen mit Behinderung in Deutschland ein.

Konkrete Regelungsvorhaben (10)

1. UN-BRK-konforme Umsetzung der GEAS-Reform, Fokus auf Identifikation von Schutzbedarfen bei Menschen mit Behinderung

Beschreibung:

UN-Behindertenrechtskonventions (UN-BRK)-konforme Umsetzung der Rechtstexte der Reform des gemeinsamen europäischen Asylsystems (GEAS) mit Fokus auf der Identifikation von Unterstützungs- und Schutzbedarfen bei Menschen mit Behinderung.

Zielsetzung ist die UN-BRK- konforme Umsetzung der Rechtstexte der GEAS-Reform, v.a. der Screening-Verordnung (VO 2024/1356), mit besonderem Fokus auf der Identifizierung von Menschen mit Behinderung und deren Schutz- und Versorgungsbedarfe. Daneben soll

die neue AufnahmeRL (RL 2024/1346) in Deutschland in allen Bereichen vollständig und UN-BRK-konform umgesetzt, Asylverfahren im Rahmen der Umsetzung der Asylverfahrens-Verordnung (VO 2024/1348) bedarfsgerecht ausgestaltet werden.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

2. **Finanzierung von Dolmetscherleistungen bei geflüchteten und migrierten Menschen mit Behinderung**

Beschreibung:

Zielsetzung ist die Verankerung von Sprachmittlungsdolmetschungsleistungen im SGB V im Einklang mit der UN-Behindertenrechtskonvention.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

3. **Diskriminierungsfreier Zugang zur Einbürgerung für Menschen mit Behinderung**

Beschreibung:

Zielsetzung ist die verfassungs- und UN-BRK-konforme Umsetzung der Neuregelung des Staatsangehörigkeitsrechts bzw. eine erneute Gesetzesänderung, um eine Kollision mit Verfassungsrecht und der UN-Behindertenrechtskonvention zu vermeiden. Dies gilt insbesondere hinsichtlich des Wegfalls der Ausnahme von Lebensunterhaltssicherung bei unverschuldetem, behinderungsbedingtem Sozialleistungsbezug bei der Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG).

Betroffenes geltendes Recht:

RuStAG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

4. **Aufhebung eingeschränkter Leistungsanspruch bei Geflüchteten mit Behinderung**

Beschreibung:

Zielsetzung ist der diskriminierungsfreie und voll umfängliche Zugang zu Versorgungs- und Teilhabeleistungen für Menschen mit Behinderung im Einklang mit den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention; betroffene Regelungen sind v.a. das AsylbLG und der 2. Abschnitt des SGB IX.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylbLG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

5. **Bedarfsgerechtes Wohnen für Geflüchteten mit Behinderung**

Beschreibung:

Zielsetzung ist die Streichung bzw. Verkürzung der Wohnverpflichtung in Aufnahmeeinrichtungen bei der Gruppe von Menschen mit Behinderung im Einklang mit der UN-BRK. Hilfsweise muss gesetzlich klar geregelt werden, dass die Wohnverpflichtung im Einzelfall aufzuheben ist, wenn eine bedarfsgerechte Unterbringung nicht gewährleistet werden kann. Bei der bundesweiten Verteilung müssen behinderungsbedingte Bedarfe, nicht Verteilschlüssel im Vordergrund stehen. Entsprechende Anpassungen im Asylgesetz werden angestrebt.

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

6. **Inklusive Integrations Sprachkurse**

Beschreibung:

Vor dem Hintergrund der Rechte auf Teilhabe und Nicht-Diskriminierung aus der UN-BRK ist die Zielsetzung die Einführung eines Integrations Sprachkurses für Menschen mit kognitiver Beeinträchtigung sowie der Ausbau eines inklusiven Integrations Sprachkursangebots für Menschen mit Behinderung (insbesondere für Menschen mit Hör- und Sehbehinderung). Inklusive Kinderbetreuung soll zudem pflegenden Eltern von Kindern mit Behinderung eine gleichberechtigte Möglichkeit eröffnen, am Integrations Sprachkurs teilzunehmen.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

7. Inklusiver Zugang zum Arbeitsmarkt

Beschreibung:

Geflüchtete Menschen mit Behinderungen stoßen beim Zugang zu Arbeit auf strukturelle Barrieren – etwa durch mangelnde Barrierefreiheit, unzureichende Beratung und fehlende inklusive Angebote. Zielsetzung ist, dass Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Menschen mit Behinderungen gestärkt und bedarfsgerechte Beratungsangebote vermehrt geschaffen werden. Die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung des Zugangs zum allgemeinen Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen muss auch für geflüchtete Menschen gelten.

Interessenbereiche:

Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

8. Menschen mit Behinderungen: Bedarfsgerechtes Asylverfahren und behinderungsspezifische Fluchtgründe

Beschreibung:

Behinderungsspezifische Herkunftslandinformationen müssen systematisch in Schutz- und Rückführungsverfahren berücksichtigt werden. Asylverfahren sind bedarfsgerecht auszugestalten, u.a. durch die Benennung von Sonderbeauftragten für Menschen mit Behinderungen. Das Refoulement-Verbot gemäß GFK und UN-BRK – insbesondere Art. 15 UN-BRK – ist bei Rückführungen von Menschen mit Behinderungen zwingend zu achten. Zudem müssen alternative Wege der Aufenthaltssicherung die besonderen Hürden für Menschen mit Behinderungen, etwa bei der Lebensunterhaltssicherung, stärker einbeziehen. Es bedarf vor allem einer Anpassung der Praxis und Entscheidungsgrundlage im BAMF und bei den Ausländerbehörden. Gesetzlich betrifft das Regelungsvorhaben v.a. die Bleiberechtsregelungen des AufenthG, auch das AsylG.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [\[alle RV hierzu\]](#); AsylVfG 1992 [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Integration [\[alle RV hierzu\]](#); Menschenrechte [\[alle RV hierzu\]](#); Migration [\[alle RV hierzu\]](#); Rechte von Menschen mit Behinderung [\[alle RV hierzu\]](#); Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [\[alle RV hierzu\]](#)

9. Familiennachzug und andere sichere Zugangswege für Menschen mit Behinderungen

Beschreibung:

Für Menschen mit Behinderungen sind sichere und legale Zugangswege – etwa über Familiennachzug, Resettlement oder humanitäre Aufnahmeprogramme – unverzichtbar, da eine eigenständige Flucht oft unmöglich ist. Diese Wege müssen im Einklang mit völker- und menschenrechtlichen Vorgaben, insbesondere der UN-BRK und der UN-KRK, erhalten und ausgebaut werden. Die Begrenzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte ist abzulehnen, angemessene Regelungen zum Geschwisternachzug einzuführen. Vor allem müssen die besonderen Schutzbedarfe von Kindern mit

Behinderungen bei Familiennachzugsregelungen systematisch berücksichtigt und gesetzlich normiert werden (EuGH, Urteil vom 30.01.2024 - C-560/20 - CR, GF, TY gg. Österreich - asyl.net: M32150). Betroffene Regelungen finden sich im AufenthG.

Betroffenes geltendes Recht:

AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

10. **Zu den Koalitionsverhandlungen: Schutz und Inklusion geflüchteter Menschen mit Behinderungen sichern**

Beschreibung:

HI – Crossroads setzte sich für die Verbesserung der Situation geflüchteter Menschen mit Behinderungen ein. Argumente und Positionen in Bezug auf konkrete Regelungsvorhaben sind bereits in anderen Registereinträgen enthalten: Bedarfsgerechte Sozialleistungen, Menschenwürdig unterbringen, Haft vermeiden, Inklusion in Bildung und Arbeit, Diskriminierungsfreien Zugang zur Staatsangehörigkeit, Situation in Heimatländern für Menschen mit Behinderungen berücksichtigen, Sichere und legale Zugangswege fördern, Europäisches Asylsystem gemeinsam menschenwürdig gestalten

Betroffenes geltendes Recht:

AsylVfG 1992 [alle RV hierzu]; AufenthG 2004 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Integration [alle RV hierzu]; Menschenrechte [alle RV hierzu]; Migration [alle RV hierzu]; Rechte von Menschen mit Behinderung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Migration, Flüchtlingspolitik und Integration" [alle RV hierzu]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro (6):

1. **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund

Berlin

Betrag: 3.390.001 bis 3.400.000 Euro

Projekte im Bereich Übergangshilfe im Ausland

2. Auswärtiges Amt

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 24.040.001 bis 24.050.000 Euro
Humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland

3. Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Eschborn

Betrag: 1.310.001 bis 1.320.000 Euro
Projekte im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Ausland

**4. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zugleich
Beauftragte für Antirassismus**

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 240.001 bis 250.000 Euro
Aufbau von Strukturen der Selbstvertretung für Geflüchtete mit Behinderung und deren Angehörige

5. Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Deutsche Öffentliche Hand – Bund
Berlin

Betrag: 190.001 bis 200.000 Euro
Qualifizierung regionaler Inklusionscluster Flucht und Behinderung

6. Europäische Union, Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds

Europäische Union
Brüssel, Belgien

Betrag: 560.001 bis 570.000 Euro
Verbesserung der bedarfsgerechten Unterstützung, des Zugangs zum Hilfesystem und der gesellschaftlichen Teilhabe von geflüchteten Menschen mit Behinderung

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

5.320.001 bis 5.330.000 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

1 bis 10.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Jahresabschluss_2024_HI_Testat-Curacon.pdf

Eigener Verhaltenskodex

Code-of-conduct_-Integrity-Prevention-of-Abuse-and-Safeguarding.pdf